

In Kürze

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **103 (2009)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Behinderte irritiert

Die schulische Integration von Kindern mit Behinderungen soll besser betreut und vereinheitlicht werden. Dies fordern die Behindertenorganisationen Pro Infirmis, Procap und Insieme. Je mehr die schulische Integration behinderter Kinder Fortschritte mache, desto mehr Informationsbedarf bestehe, hielten die drei Organisationen fest. „Schlechte Integrationsbeispiele, falsche Vorstellungen und ungenügende Informationen haben zu einer grossen Verunsicherung geführt“, erklärte Walter Bernet, Zentralpräsident von Insieme Schweiz. Auch Procap stellt einen zunehmenden Beratungsbedarf von Eltern fest. Einfach Standardlösungen zu präsentieren, sei aber fast nicht möglich, da die schulische Integration Sache der einzelnen Kantone sei.

Geschmacklose Plakate

Pro Infirmis hat am 16. November 2009 auf seiner Homepage eine Protest-Aktion zuhänden von Bundesrat Didier Burkhalter in der Angelegenheit der BSV-Werbekampagne aufgeschaltet (www.proinfirmis.ch).

Rechte behinderter Flugpassagiere

Flugpassagiere mit einer Behinderung erhalten mehr Rechte. Ab Anfang November gelten für sie die gleichen Zugangs- und Reisebedingungen wie für alle anderen Fluggäste; ab dann gilt die einschlägige Verordnung der EU auch in der Schweiz. Insbesondere haben Menschen mit Behinderungen neu zusätzlich Anspruch auf unentgeltliche Hilfeleistung in den Flughäfen und an Bord der Luftfahrzeuge.

Sonova übernimmt Advanced Bionics

Der Schweizer Hörgeräte-Hersteller Sonova will für gut 500 Millionen Franken den amerikanischen Produzenten von Innenohr-Prothesen Advanced Bionics übernehmen. Die Nummer zwei im jährlich 700-800 Millionen Dollar grossen Markt für Cochlea-Implantate soll ein eigenständiger Unternehmensbereich werden. Der Preis entspricht dem Vierfachen des Umsatzes von Advanced Bionics.

Nur vier Kantone (Aargau, Appenzell-Innerrhoden, Tessin, Waadt) benutzen noch ältere Richtlinien. Doch die den Kantonen gewährte Freiheit führt gemäss Studie dazu, dass die Ausrichtung der Zulagen „wenig verbindlich erfolgt“.

Auf dem richtigen Weg

Selbst dort, wo grundsätzlich objektive Kriterien erfüllt sind, werden die Beiträge nicht immer korrekt ausbezahlt. Dies ist insbesondere bei den Einkommensfreibeträgen der Fall, die in Abhängigkeit von Beschäftigungsumfang und Lohnhöhe festgelegt werden.

SKOS-Präsident Walter Schmid beschönigt die Studie nicht. Sie zeige ehrlich die Realität auf. Das Ergebnis hat ihn daher nicht überrascht. Mit der Einführung von Integrationszulagen habe man vor ein paar Jahren Neuland betreten, sagt er. Es bedürfe einer gewissen Zeit, bis sich die Praxis etabliert habe. Schmid zeigt sich nach wie vor überzeugt, dass man mit den Anreizen den richtigen Weg eingeschlagen habe. Es wäre zu früh, bereits davon abzukommen, warnt er. Als Problem zeige sich aber, dass die Kantone aus Kostengründen die neuen Instrumente teilweise nur „halbherzig“ einsetzen. Die Studie belege auch, dass es in der Sozialhilfe kein Patentrezept gebe. Mit Anreizen allein werde man die Schwierigkeiten in der Fürsorge nicht bewältigen.

Weg zurück in die Arbeitswelt

Text: Der Bund vom 18. August 2009

Die Invalidenversicherung (IV) zahlt nicht nur Renten. Sie finanziert auch Eingliederungsmassnahmen, zum Beispiel für Kinder und Jugendliche mit kleineren oder grösseren Geburtsgebrechen. Im Jahr 2007 wurden an über 100'000 Personen solche medizinischen Massnahmen mit durchschnittlich 6000 Franken bezahlt. Im Alter von 15 Jahren, so ergab eine interne Studie, hat ungefähr ein Viertel aller Kinder wegen eines Geburtsgebrechens eine medizinische IV-Leistung beansprucht.

Die Invalidenversicherung bemüht sich vor allem um die berufliche Eingliederung. So deckt sie alle zusätzlichen beruflichen Kosten ab, die wegen Invalidität entstehen. 2007 hat die IV 16'000 Personen mit durch-

schnittlich 24'000 Franken bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung oder Umschulung unterstützt. Dazu gehörten auch Berufsberatung und Arbeitsvermittlung. Mit der 5. IV-Revision wurden Früherfassung und Frühintervention verstärkt, um Menschen mit Behinderungen möglichst am Arbeitsplatz halten zu können.

Der beruflichen Eingliederung dienen auch die Hilfsmittel, die jährlich an 70'000 Personen abgegeben werden. Am häufigsten sind dies Hörgeräte, doch zum Angebot der IV gehören auch Schuheinlagen, Treppenfahrstühle, Prothesen, Sprechhilfegeräte (nach Kehlkopfoperationen), Blindenhunde, elektronische Kommunikationsgeräte oder Perücken.

2007 bezogen 294'000 Personen eine IV-Rente (davon 42'000 im Ausland) und 217'000 beanspruchten eine individuelle Eingliederungsmassnahme. Der Aufwand für die Renten belief sich auf 458 Millionen Franken, für die individuellen Massnahmen waren es 1,6 Milliarden.

Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Zürich rufen nach Engagement aller Beteiligten

Text: Walter Bernet in NZZ vom 4. November 2009

Noch zeigt sich der Lehrstellenmarkt im Kanton Zürich krisenresistent. Damit es so bleibt, hat die zweite Konferenz Berufsbildung zuhänden von Politik und Wirtschaft vier Verbesserungsvorschläge verabschiedet.

Noch nie sind im Kanton Zürich so viele Lehrstellen angeboten worden wie in diesem Jahr. Fast 10 Prozent liegt die Zahl der gemeldeten Plätze über der des Vorjahres. Dies hält der erste Lehrstellenbericht des Kantons Zürich fest. Er fasst Zahlen und Fakten zur Lehrstellensituation und zur Jugendarbeitslosigkeit zusammen und sagt, wo der Hebel für Verbesserungen anzusetzen wäre. So stellt er etwa die Freiwilligkeit einer weiterführenden Ausbildung nach der obligatorischen Schulzeit in Frage.

Mehr arbeitslose Jugendliche

Der Bericht hat am 3. November 2009 der zum zweiten Mal einberufenen Konferenz